

Er scheint wöchentlich einmal: Freitags.
 Ausgaben: Die fünfgehaltene Beilage 40 Pf.
 Für die Ortsvereine 10 Pf.
 Im Abonnement nach Uebereinkunft.
 Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1,- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Belegungspreisliste. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 31

Berlin, den 2. August 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Bielle, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Sitzbalanz. — Wohnungs-gesetzgebung in Deutschland. — Auffällige Fleischpreiserhöhung. — Verhandlung des christlichen Holzarbeiterverbandes. — Jeder blamiert sich so gut er kann. — Die Deutschen Gewerksvereine (G.-V.) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Die Stadt Schneberg und die Agrarier. Die Streikversicherung der Unternehmer. Fabrikinspektor und Lohnfrage. — Technisches. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Bromberg. Siegen. Wismar. — An die Ortsvereins-kassierer. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Sitzbalanz.

Als wir noch die Schulbank drückten, kam es vor, daß an bestimmten heißen Tagen der Lehrer der Klasse verkündete heute ist Sitzbalanz, d. h. es wurde wegen der großen Hitze ein Ferienstag gegeben. Solche Verkündigungen des gestrenghen Mentors wurde natürlich stets mit großem Jubel und Hallo entgegengenommen, denn es war die Gewähr für einen halben oder einen ganzen Tag der dumpfen Schulstube zu entrinnen. Allerdings schien es uns Schuljüngens als ob auch der Lehrer manchmal mit einem erleichterten Uff sich auf den freien Tag freute.

In den letzten Wochen, als die große Hitze den Menschen die Arbeit besonders sauer machte, haben wir uns oft an diese Sitzbalanz erinnert und manchmal gedacht, ob es wirklich so schwer durchzuführen sei, auch den Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes Sitzbalanz von mehreren Tagen zu geben. Uns scheint es gar nicht so schwierig zu sein, wenn nur etwas guter Wille und ein klein bisschen weniger Profitgier vorhanden wäre. Diese Sitzbalanzen würden sich, davon sind wir überzeugt, lohnen, indem der Arbeiter nachher mit um so größerem Eifer und Freude wieder seine Pflicht erfüllen würde. Statt daß in Arbeitgeberkreisen diese Frage etwas eingehender studiert wird, scheint man sich selbst in Tagen der Hundstagshitze nur damit zu beschäftigen, wie man die Organisation der Arbeiter am besten und sichersten zertrümmern könnte. Die Arbeitgeberverbände in den Verufen des Baugewerbes haben sich zu einem Reichsbund der baugewerblichen Arbeitgeberverbände zusammenschlossen. Vertrauliche oder Geheimzirkulare innerhalb dieser Arbeitgeberverbände fliegen hin und her, die Arbeitgeber an den einzelnen Vertragsorten instruierend für das kommende Frühjahr. Manchmal bringt von diesen Zirkularen etwas in die Öffentlichkeit, blüßartig die Situation beleuchtend, wie ein Gewitter in schwüler Sommernacht. Ein anderer Teil der Zirkulare wird nicht publiziert, kommt aber als Material in die Aktenmappe, die den Titel Lohnbewegung oder Tarifablauf 1913 trägt. Was in den letzten Wochen von den Sekretären der Arbeitgeberverbände an solchen Zirkularen produziert wurde ist skandalös, und man wird versucht, zu glauben, die gegenwärtige Hitze hätte diese Sekretäre besonders produktionsfähig gemacht, oder aber bei dem einen oder andern schlimme Wirkungen hinterlassen.

Jedenfalls dürfen aber die Arbeiter selbst an solchen Dingen nicht achlos vorübergehen und sich Sitzbalanz erteilen, während unsere Gegner im wirtschaftlichen Kampfe alles tun, um ganz im stillen einen Schlachtplan auszuarbeiten, mit dem den Arbeitern 1913 eine Niederlage bereitet werden soll. Viele unserer Mitglieder glauben nun nicht nur zur Zeit der Hundstagshitze Sitzbalanz geben zu müssen, sondern möglichst das ganze Jahr sich um die Arbeit in der Organisation nicht kümmern zu müssen, wenn dann aber die Bewegung da ist, dann versuchen sie große Wogen zu spucken und die anderen dafür hasibar zu machen, wenn nicht alles so klappert wie es soll.

Sitzbalanz kann es daher unter solchen Umständen für denkende Arbeiter nicht geben, sondern man muß, will man seine Standesinteressen vertreten, stets in innigem Kontakt mit seiner Organisation bleiben. Natürlich müssen die Vereinsvorstände ebenfalls ihre Pflicht tun und auch während der Sommermonate die Versammlungen so gestalten, daß diese interessant sind und nicht übermäßig lang ausgebeht werden. Dort soll besonders auf die Zeichen, die wir Eingangs angedeutet haben, hingewirkt werden. Die Agitation unter den Unorganisierten darf auch während der heißen Jahreszeit nicht aufgesetzt werden. Gerade die Sommermonate, wo die Kollegen ausflügeln in nahegelegene Städte und Dörfer unternehmen, sind geeignet, Anknüpfungspunkte zur Neugründung von Casabereinen zu geben. Auch sonst trifft man auf den Wandertouren, die Sonntags in Wälder und Gärten, in der-

nommen werden, noch eine ganze Reihe von Menschen, die von den Gewerksvereinen noch nichts gehört haben und die ein eifriger Kollege in passender Weise unterrichten und für die Gewerksvereinsbewegung interessieren und gewinnen wird.

Es kommt dabei nicht darauf an, daß diese Agitation nur bei Berufscollegen ausgeübt wird, nein, wir haben auch für die Stärkung der Gesamtgewerksvereinsbewegung einzutreten, wo und wann wir können. Tun wir das und wir sehen, daß die Organisation immer stärker wird, dann haben wir die Gewähr, daß alle Arbeitgeberverbände mit ihren öffentlichen und geheimen Plänen uns nicht unterliegen werden. Wenn die Bewegung vorüber und die Arbeiter Kraft ihrer Stärke durch friedliche Vereinbarungen neue Verbesserungen für sich erkämpft haben, dann freuen sie sich wie jene Schüler, denen Sitzbalanz angelündigt wird. Diese Freude ist um so größer und berechtigter, je mehr wir uns selbst das Zeugnis ausstellen dürfen, alles getan zu haben, um die gerechte Sache der Arbeiter vorwärts zu drängen. In diesem Sinne wollen wir die Sommermonate ausnützen und dann möge kommen, was da wolle, trotz aller Zirkulare der Unternehmer.

Wohnungsgesetzgebung in Deutschland.

Von Dr. v. Mangoldt, Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Frankfurt a. M.

II.
 Fast allen diesen schweren Mifständen der herrschenden Organisation gegenüber vermöchte die Gesetzgebung, zu der wir hier die staatliche Verwaltung mit hinzunehmen möchten, außerordentlich viel zu tun.

Voran steht da als einer der allerwichtigsten Punkte die Bekämpfung der ungeheuren Teuerung des neuen zur Ausschließung kommenden An sied l u n g s - b o d e n s bei uns. Drei große Wege eröffnen sich hier. Der An sied l u n g s - b o d e n kann nicht billig sein, wenn die Kosten seiner Beschaffung und Zubereitung für seine neuen Zwecke, also sozusagen seine Produktionskosten nicht niedrig sind. Er kann ferner, solange er als Ware, wie gegenwärtig, behandelt wird, nicht billig sein, wenn sich nicht eine sehr starke Konkurrenz in ihm entfaltet und wenn, soweit diese nicht genügt, nicht ergänzend und korrigierend die öffentliche Bodenwirtschaft eingreift. Zur Herabdrückung der Produktionskosten gibt es eine ganze Reihe Wege für die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung. Durch die Reform der Bauvorschriften im Sinne einer weiträumigen Bauweise kann der Preis des Bodens wenigstens in dem Sinne herabgedrückt werden, daß, wenn auch nicht der Mietaufwand für die Wohnung verringert, so doch eine bessere, weiträumigere Bauweise für den gleichen Aufwand geboten wird.

Stark verteuert und wirken in vielen Gegenden unseres Vaterlandes bei dem zersplitterten Grundbesitz auch die sogenannten Zwangsküde oder Schikanierzwickel, durch deren Zurückbehaltung in einem im allgemeinen zur Ausschließung kommenden Gelände eigensinnige oder habgierige einzelne Eigentümer die Ausschließung ungemein verteuern. Hier vermöchte die allgemeine Einführung der sogenannten U m l e g u n g, wie sie durch die Bez. Abt. des für Frankfurt a. M. erfolgt, und später in Köln und Posen angewandt worden ist, hilfreich eingzugreifen. Außerordentlich belasten auch die oft unflintha hohen S t r a k e n t o s t e n die Bodenpreise. Hier könnten Gesetzgebung und Verwaltung des Staates doch wenigstens mildernd eingreifen. Auch an Belastung des Bodens mit S t e u e r e n u n d A b g a b e n haben wir im letzten Jahrzehnt doch wohl etwas zu viel getan. Ungemein wichtig wäre es auch, den bisher viel zu wenig beachteten Gedanken durchzuführen, durch eine allgemeine Verringerung der bei uns viel zu sehr überschraubten öffentlichen Anforderungen und Lasten an die Ausschließung von Baugelände diese letztere zu vereinfachen, zu erleichtern und zu verbilligen. Dadurch ließe sich auch der Zeitraum bis zur tatsächlichen Bewertung des Landes und damit die große Last der auslaufenden Zinsen, wenigstens in vielen Fällen, wesentlich verringern und ebenso ließe sich in vielen Fällen der direkte Abschlag vom Arbeiter an den Wazenden, unter Vermeidung des S i c h e r - s t e h e n s der eigentlichen Terrainspekulation mit ihren großen Kosten, wieder herbeiführen.

Eine gesetzgeberische Maßregel von weitesttragender Wirkung zur Verbilligung der Bodenpreise wäre vor allem aber auch eine gründliche R e f o r m u n s e r e s E n t e i g n u n g s r e c h t s. Einmal wäre jedenfalls endlich durchzusetzen, daß überhaupt für Wohnungs- und An sied l u n g s z w e c k e ebensogut enteignet werden kann, wie für Friedhöfe, Eisenbahnen und dergleichen. Dann aber muß auch die Frage der Höhe der bei der Enteignung zu gewährenden Preise und Entschädigungen endlich einmal ganz anders angefaßt werden als bisher. Hier gilt es Preise zu legen in den ganz übertriebenen Eigentumsfanatismus, der den Einzelnen und seine Vermögensinteressen dem Gesamtwohl gegenüber viel zu sehr voranstellt. Für heute sei z. B. nur auf folgende drei Punkte aufmerksam gemacht:

1. Die Festsetzung der Entschädigungen bei Enteignungen liegt zurzeit bei uns, wenigstens in zweiter Instanz, in den Händen der Gerichte. Wie aber einer der Hauptreferenten auf dem Leipziger Wohnungskongress im vorigen Jahre, Stadtsyndikus Dr. Landmann-Mannheim, sehr zutreffend ausführte, sind die Gerichte da mit einer eigentlich rein wirtschaftlichen Aufgabe belastet, die gar nicht ihre Sache ist, und aus diesem Fehler dürfte sich großenteils die übertriebene Höhe der Entschädigungen bei Enteignungen erklären. Es käme in Betracht, an Stelle der Gerichte besondere sachverständige Schätzungsbehörden mit dieser Aufgabe zu betrauen.

2. Die weitere Entwicklung blühender, höchst segensreicher gemeinnütziger und anderer An sied l u n g e n auf ihrer bisherigen Grundlage wird jetzt oft dadurch gehemmt, daß der in Privatband befindliche Nachbarbesitz auf Grund seiner erst durch die Siedlung erlangten monopolähnlichen Stellung unerzwingliche Preisforderungen stellt. Solche Monopolstellungen müssen durch das Enteignungsrecht gebrochen werden können — auch im Preise!

3. In unserem Enteignungsrecht ist an und für sich schon der eigentlich ja auch selbstverständliche Gedanke enthalten, daß bei der Enteignung derjenige Wert nicht mit entschädigt zu werden braucht, der erst durch das Unternehmen selber geschaffen wird, für das die Enteignung erfolgt. Dieser gesunde und richtige Grundsatz muß viel schärfer als bisher zur Anwendung gelangen.

Auffällige Fleischpreiserhöhung.

Die Lebenshaltung des Arbeiters gestaltet sich immer schwieriger, seit Jahren steigen die Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände in einem Maße, daß sie selbst weit über die Arbeiterkreise hinaus, als unerzwinglich bezeichnet werden. Insbesondere ist es die Fleischnot, die zu einer Unterernährung führt und dabei den Gesundheitszustand des Arbeiters gefährdet und seine Arbeitskraft und Konkurrenzfähigkeit vermindert.

Ein Blick in die Statistik über den Fleischverbrauch der Nürnberger Bevölkerung kennzeichnet so recht obige Tatsache. Das städtische statistische Amt brachte im Vorjahre folgende Zahlen an die Öffentlichkeit:

| Jahr | Bevölkerung | Fleischverbrauch pro Kopf |
|------|-------------|---------------------------|
| 1897 | 175 580 | 79,35 Kilogramm |
| 1898 | 192 120 | 75,48 " |
| 1899 | 240 640 | 70,69 " |
| 1900 | 254 180 | 71,00 " |
| 1901 | 265 180 | 64,57 " |
| 1902 | 267 730 | 58,17 " |
| 1903 | 272 170 | 59,12 " |
| 1904 | 280 000 | 61,64 " |
| 1905 | 289 700 | 53,60 " |
| 1906 | 298 190 | 53,35 " |
| 1907 | 307 700 | 56,09 " |
| 1908 | 313 880 | 56,82 " |
| 1909 | 319 840 | 54,61 " |
| 1910 | 326 750 | 50,30 " |

Vom Jahr 1911 ist eine Uebersicht noch nicht vorhanden, sie wird jedoch wenn sie mal erscheint, nicht zu Gunsten vorstehender Statistik lauten, sondern eher einen weiteren Rückgang feststellen müssen. Diesen enormen Rückgang des Fleischkonsums auf den Kopf der Bevölkerung wird nun niemand darauf zurückführen wollen, daß die Nürnberger Bevölkerung das Fleisch nicht mehr so gern auf dem Tisch will wie im Jahre 1897, sondern allein die Tatsache, daß in Arbeiterkreisen die enorm hohen Fleischpreise nicht gestatten Fleisch öfters auf den Tisch zu bringen, bildet hier die Ursache. Die amtlichen Preisnotierungen der letzten Zeit lassen nun nicht erkennen, daß eine Erhöhung der

Viehekaufpreise eingetreten ist. Vielmehr gehen in einigen Städten Bayerns die Metzger dazu über, die Fleischpreise herabzusetzen.

Auch das bayerische Ministerium hat erst vor einigen Tagen in einem Bescheid an den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags erklären lassen, daß gegenwärtig aus den Viehpreisen eine weitere Steigerung der Fleischpreise nicht abgeleitet werden könne. Die Spannungen zwischen den Vieheinkaufs- und Fleischabpreisen seien so, daß die Metzger mit Verdienst arbeiten können. Bei manchen Schlachthofhaltungen sei sogar ein Preisrückgang eingetreten.

Anderes dagegen urteilen die Nürnberg-Fürther Fleischer-Innungen. Ab 15. Juli wird das Pund Ochsenfleisch um 10 Pf., das Pund Schweinefleisch um 5 Pf. erhöht, so lautet die Bekanntmachung der Nürnberger Fleischer-Innungen.

Desgleichen lautet eine Bekanntmachung der Fürther Fleischer-Innung, daß ab 20. Juli das Schweinefleisch um 5 Pf. pro Pund erhöht wird, dementsprechend auch die Wurst-Krautfleischwaren und Schmalz.

Diese nun durch nichts begründete Fleischpreiserhöhung hat berechtigten Unwillen in der Nürnberg-Fürther Bevölkerung hervorgerufen. Magistrat und Gemeindefollegium nahmen sofort in ihren nächsten Sitzungen hierzu Stellung, und beauftragten den Feuerungsausschuß, eine Untersuchung über die Berechtigung der Fleischpreiserhöhung einzuleiten. In der nun am 26. Juli stattgefundenen Magistratsitzung berichtete Rechtsrat Glör namens des Feuerungsausschusses folgendes Ergebnis:

Die Prüfung der gegenwärtigen Fleischpreise im Zusammenhang mit den Viehpreisen und in Berücksichtigung der Entwicklung dieser beiden Preisarten veranlassen zu der Feststellung, daß die neuerdings beim Ochsenfleisch erfolgte Preissteigerung um 10 Pf. zu einem Höchstpreis von 1,10 M. für 1 Pund sich aus der Gestaltung der Viehpreise nach keiner Richtung rechtfertigen läßt. Das gleiche trifft auf die Preiserhöhung beim Schweinefleisch auf 1 M. pro Pund zu.

Zur Milderung der erheblichen Mißstände, welche durch die neuerliche Steigerung der Fleischverkaufspreise in weiten Kreisen hervorgerufen wurden, begünstigte der Feuerungsausschuß zugleich folgendes:

1. Die wegen der Einrichtung eines eigenen Seefischmarktes in Nürnberg beim Amt anhängigen Verhandlungen sind derart durchzuführen, daß spätestens am 1. Oktober 1912 mit der Eröffnung des Seefischmarktes im eigenen Betrieb der Stadtgemeinde begonnen wird.

2. Mit Großschlachtereien ist in Verbindung zu treten, zu welchem Preis sie Ochsen und Kalbfleisch in guter Beschaffenheit für den Einzelverkauf in Nürnberg liefern können; mit der Einfuhr von dänischem Fleisch sind Versuche zu machen.

3. Die Stadtgemeinde soll Eier im mäßigen Umfang selbst schlachten, das anfallende Fleisch in städtischen Anstalten verkaufen.

4. Die königliche Staatsregierung ist erneut zu ersuchen, unter entsprechender Abänderung des § 12, Absatz 2, Ziffer 1 des Fleischbeschaffungsgesetzes, die Einfuhr von geschlachteten Großviehstücken, insbesondere Geflügel, aus dem Auslande zu erwirken. Vorstehende Anträge fanden einstimmige Annahme.

Ueber die Nürnberger Metzger hat die allgemeine Öffentlichkeit hier jedoch die Meinung, daß sie das gegenwärtig hier tagende Deutsche Sängertag dazu benutzten, um die vielen Fremden, sowie die einheimische Bevölkerung durch eine ganz unbegründete Fleischpreiserhöhung zu schröpfen. Die Herren Metzger mißbrauchen also das Sängertag, um für sie ein Extraprofiten herauszuschlagen. Ein Metzger (Gemeindebediensteter) sagte in öffentlicher Sitzung über die Fleischpreisdebatte, allgemein koste das Pund Fleisch nicht 1,10 M., man könne ja minderwertiges auch

billiger haben. Dieser Mann mit solch praktischem Vorschlag gehörte wirklich an höhere Stelle, als nur ins Gemeindefollegium.

Auch in der nahen Stadt Ansbach hat die Metzgerinnung nunmehr beschlossen, jedenfalls durch das Vorgehen der Nürnberg-Fürther Metzger ermutigt, das Ochsen- und Schweinefleisch um je 5 Pf. zu erhöhen, so daß selbst in dieser kleinen Stadt das Pund Ochsenfleisch 1 M., Rindfleisch 95 Pf. und Schweinefleisch 90 Pf. kostet. Dieselben Metzger liefern jedoch der Ansbacher Militärverwaltung das Pund Ochsenfleisch um 75 Pf., Rindfleisch um 55 Pf., Beefsteackfleisch um 75 Pf. (Badenpreis 1 M.), Kalbfleisch um 69 Pf. (Badenpreis 90 Pf.) Dazu verlangt das Militär erste Qualität. Desgleichen liefern die Nürnberger Metzger an das Militär das Pund Fleisch um je 20 Pf. billiger.

Es ist wirklich notwendig, sich mal ernstlich mit geeigneten Maßnahmen zu befassen. S.

Der Verbandstag des christlichen Holzarbeiterverbandes.

In Darmen hielt der christliche Holzarbeiterverband dieses Mal seinen Verbandstag ab. Der Tagung voraus ging die Generalversammlung der Krankenkasse am Nachmittag des 14. Juli, welcher abends die Begrüßungsfester in der Stadthalle folgten.

Am Montag, den 15. Juli begannen die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages. Den Geschäftsbericht gab der Zentralvorsitzende Kurtscheid, der heißt, er gab zu dem gedruckten vorliegenden Bericht einige Kommentare. Der Jugendfrage wurde von Kurtscheid besondere Beachtung geschenkt durch verschiedene vom Zentralvorstand gemachte Vorschläge, nach welchen Beihilge zu einem Beitrage von 10 Pf. pro Monat Mitglied werden können. Diese Beiträge sollen nach beendeter V-hzeit auf die Verbandsbeiträge umgerechnet werden. Unterstützung sollen diese Mitglieder jedoch erst erhalten, wenn 26 Wochenbeiträge geleistet sind.

Ueber Kassenangelegenheiten referierte der Hauptkassierer Wid, welcher sich besonders gegen die Darlehns-gesuche seitens der Mitglieder wendet und erklärt, weder aus der Haupt- noch aus den Lokalkassen dürfen Darlehen bewilligt werden. Von Wichtigkeit für die Öffentlichkeit waren die weiteren Ausführungen nicht, da sie nur verwaltungstechnische Fragen behandelten. Sämtliche Anträge hierzu wurden dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Ueber die Lohnbewegungen berichtete Kurtscheid. Das Resultat der Aussprache ergab Zustimmung zu der verfolgten Politik, verlangt jedoch, um Entschiedenheit darauf zu dringen, in allen Tarifinstanzen vertreten zu sein.

Wesentliche Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen, doch sollen in Zukunft beim Bezug von Unterstützung keine Beiträge bezahlt werden, d. h., die Lokalkasse muß für jede beitragsfreie Woche trotzdem der Hauptkasse 20 Pf. abführen. Eine Erleichterung für die Mitglieder dürfte dieses nicht bedeuten, weil sie eben durch entsprechend höhere Beiträge zur Lokalkasse dieses Geld aufbringen müssen.

Die Arbeitsnachweisfrage wurde ebenfalls behandelt, es war aber weder Fleisch noch Fleisch was dabei herauskam. Der Referent Kurtscheid empfahl nachstehende Resolution, die auch Annahme fand.

„In Erwägung, daß 1. die Arbeitsvermittlung von der größten volkswirtschaftlichen Bedeutung ist, 2. die Arbeitsnachweisfrage ein fortgesetzter Streitgegenstand zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern bildet, der wiederholt zu scharfen Kämpfen geführt; 3. ein großer Teil der bestehenden Arbeitsnachweise in ihrer heutigen Form, insbesondere durch die Einführung der obligatorischen Vermittlung zu einer großen Gefahr für die Arbeiter, für die Volkswirtschaft und für die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu werden droht, beschließt der zu Darmen tagende 7. Verbandstag des Zentral-

verbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. In den nächsten christlichen Gewerkschaftskongress ist der Antrag zu stellen, der Kongress möge dem Reichstage eine Petition unterbreiten, durch welche die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsvermittlungswesens in dem Sinne angefordert wird, daß a) Minimalforderungen und Vorschriften für alle Arbeitsnachweise ähnlich wie für die Krankenversicherung erlassen und b) Mißbräuche bei der Arbeitsvermittlung verboten werden.

Nachdem noch ein Referat von Schwarzer und Behrens über Heimarbeit erstattet war, wurden die Wahlen vorgenommen, die in den beamteten Posten keine Änderung brachten. Auch diese Tagung befaßte sich hauptsächlich mit dem inneren Ausbau der Organisation. Was uns dabei interessiert, ist, daß der christliche Holzarbeiterverband das Arbeitspensum auf seinem Delegiertentag in drei Tagen erledigte. Auch unser Gewerksverein dürfte dabei lernen, ob wir das nächste Mal nicht alles überflüssige auf unserer Generalversammlung wegstreichen, um in derselben Zeit fertig zu werden.

Jeder blamiert sich so gut er kann.

Dieses Wort haben sich eine Anzahl Genossen des Holzarbeiterverbandes in Hamburg zum Grundsatz genommen und sind eifrig bestrebt, das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, sich zu blamieren wo und so oft es ihnen nur möglich ist.

In der Bautischlerei von Häsler, in welcher außer circa 40 Verbändlern auch 2 unserer Kollegen beschäftigt sind, versuchten diese Elemente einen Säuberungsakt zu vollziehen, den sie auf folgender Grundlage aufbauten: Herr Häsler hatte die Anschlagarbeiten für einen Bau an einem Zwischenmeister vergeben, welcher auch die Arbeiter für Verrichtung seiner, ihm in Auftrag gegebenen Arbeiten, selbst einstellt und mit dem Betriebe Häsler nichts zu tun hat. Die Verbändler wollten dagegen den Zwischenmeister nicht als selbständigen Unternehmer anerkennen, und stellten außerdem die Behauptung auf, Häsler hätte die Leute selbst eingestellt und da diese nicht durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt wurden, sei er vertragsbrüchig geworden. Sie verlangten deshalb die sofortige Entlassung der Anschläger. Die Versicherung des Arbeitgebers, daß er keine Leute eingestellt habe, welche nicht durch den paritätischen Nachweis vermittelt wurden, ferner daß er die Anschlägerarbeiten vertraglich an den Zwischenmeister vergeben habe und grundbesessen es ihm nichts angehe, auf welche Weise dieser seine Leute einstellt, fruchtete nichts, denn eine Anzahl Genossen war so tatendurstig, daß irgend etwas gemacht werden mußte. Man sagte eine Betriebsversammlung den Beschluß, am Freitag, den 12. Juli, die Arbeit nicht aufzunehmen wenn Häsler nicht ihrer Forderung nachkommt, und die Anschläger entläßt. Die Abstimmung erfolgte mit 20 Stimmen für und 18 gegen eine Arbeitsniederlegung. Als nun am Freitag, den 12. Juli eine hierzu gewählte Kommission Herrn Häsler den Versammlungsbefehl mitteilte, verwies er diese an die Schlichtungskommission, welche die Entscheidung bei derartigen Differenzfällen zu treffen hat. Hieraus nahmen die Genossen die Arbeit nicht auf, sondern gaben ihr Werkzeug ab. Unsere Kollegen waren von allen diesen Vorkommnissen vorher nicht in Kenntnis gesetzt worden, nun verlangte man von ihnen mit aus dem Betriebe zu gehen, was unsere Kollegen selbstverständlich ablehnten, weil sie von dem Sachverhalt keine Kenntnis hatten, außerdem die Verbändler nicht verlangen können, daß unsere Kollegen jede Dummheit, die in unüberlegter Weise ihrerseits ausgeführt wird, mitmachen. Die Genossen gaben sich hiermit noch nicht zufrieden, sondern versuchten am Abend nochmals ihren Einfluß geltend zu machen und unseren Kollegen eines Besseren zu belehren. Als sie auch hier keinen Erfolg erzielten, versicherten die Herren, nicht früher in den Betrieb zu gehen, bis dieser

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dauner) im Strom des öffentlichen Lebens.

IX.

Nachstum der „Fachvereine“ unter dem Sozialistengesetz und Entfremdung des Liberalismus von der Gewerksvereinsbewegung.

Mit der rauhen Hand dieses Ausnahmengesetzes aber erreichte man auch nur das Gegenteil von dem Gewollten und Erwünschten, wie die Wahlergebnisse beweisen. Eugen Richter schrieb in seinem ABC-Buch über die Wirkung des Sozialistengesetzes u. a.:

„Nemehr man den Sozialismus in der Öffentlichkeit unterdrückte, desto härter in die Agitation insgeheim herrischen worden. Die Sozialisten erschienen in den Augen des Volkes als Märtyrer und gewannen dadurch Sympathien, die sie vielfach sonst nicht erlangt hätten. Die gebelmen Verbindungen wirkten auf viele Personen erst recht verführerisch. Das Sozialistengesetz bewirkte, daß zahlreiche bürgerliche Elemente sich der Sozialdemokratie anschlossen, teils weil sie die wahren sozialdemokratischen Ziele nicht kannten, teils weil sie glaubten, sich der unpopulären Verfolgung zu entziehen zu müssen. Das Gesetz erzeugte das äußerliche Mißtrauen gegen alle Maßregeln der Staatsgewalt im Inneren der Arbeiter, weil deren Absicht im Widerspruch stand mit der Verfolgung der politischen Gleichberechtigung an ihre Berufsgenossen. Es gab den Anhängern der sozialdemokratischen Partei den Anlaß, unter Berufung auf ein ihnen verweigertes, allen übrigen gewährtes Recht, sich ungesetzlicher Mittel zu bedienen, und es ergab damit gerade zu dem, was vor allem verhindert werden sollte, zu revolutionärer Stimmung.“

Auch das Gewerkschaftswesen hand unter dem Einfluß dieses Gesetzes. Die meisten Verbände verfielen der Auflösung. Die Hirsch-Dauner'schen Gewerksvereine und — vermöge äußerer Umstände — der Bundesverband sowie der Bund der Gewerksvereine, der seinen Sitz in Berlin hatte, blieben wenigstens unmittelbar verschont und konnten

sich, wenn auch vielfach gestört und gehemmt, zumal nach der Seite des Unterstützungswesens fortentwickeln.

Doch der elementare Drang zur Berufsvereinigung ließ sich auf die Dauer durch keine Straf- und Polizeigesetze zurückhalten. Raum war der erste Schrecken des Sozialistengesetzes vorüber, kaum hatte sich die gewerbliche Produktion einigermaßen erholt, da schossen berufliche Vereine sozialdemokratischer Tendenz wie Pilze aus der Erde, zunächst größtenteils als „lokale Fachvereine“. Die aufsteigende Konjunktur nach dem Jahre 1880 machte den Mangel von Organisationen fühlbar. Die Gründung von Fachblättern bildete ein Mittel zur Neubelebung der Fachorganisationen. Die örtlichen Fachvereine schlossen sich mehr zu „Zentralvereinen“ gleicher Berufe zusammen, wobei die freien Hilfskassen als Vorspann dienten. Sie vermieden es äußerlich aufs sorgfältigste, den Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Parteibewegung erkennen zu lassen und bezeichneten sich als Unterstützungsvereine. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, da waren — wie Legien angibt — 53 Zentralverbände mit 227 733 Mitgliedern und 5 durch Vertrauensmänner zentralisierte Organisationen mit 73 467 Mitgliedern, zusammen also 301 500 vorhanden. Diese Zahlen zeigen, daß auch das Sozialistengesetz nicht in der Lage war, die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zu hemmen, genau so wenig wie die Partei, denn diese brachte es im Februar 1890 auf 1 427 298 Stimmen.

Auch die im Jahre 1881 verkündete und bald entstandene staatliche Sozialpolitik — die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung — vermochte diesen Gang der Dinge nicht aufzuhalten. Lag doch der Fehler Bismarck'scher Sozialpolitik darin, daß man versuchte, eine soziale Gesetzgebung zu schaffen wohl für die Arbeiter, aber nicht mit und durch diese. Eine Sozialversicherung für die Arbeiter unter Verschneidung ihrer politischen Rechte war ein verfehltes Unternehmen dann, wenn man die Hoffnungen darauf setzte, die man mit Sozialistengesetz auf der einen, Arbeiterversicherung auf der anderen Seite im Inneren hatte.

(Fortsetzung folgt.)

gänzlich gesäubert wäre. Bektere Aeußerung galt unseren beiden Kollegen, da sich sonst niemand anders im Betriebe befand. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Und das wurden auch die Verbändler gewahrt. Die Schlichtungskommission hat die Sache für lächerlich betrachtet, und den Streik nach Lage der Sache als solchen nicht anerkannt. Die Verwaltungsstelle Hamburg des Holzarbeiterverbandes wußte von keinen Differenzen im Betriebe von Hänslers, als sie diesbezüglich angefragt wurde, und da nun großer Vertragsbruch von Seiten der Arbeiter vorlag, sollte denselben auch die Unterstüßung vorenthalten werden. Als der Arbeitgeber nun dazu übergehen wollte, seinen Betrieb mit anderen Seiten zu besetzen, was ihm auf Grund des Urteils der Schlichtungskommission zu stand, bliesen die vorher so latenten Elemente zum Rückmarsch und nahmen nach 3tägigem „heißem“ Kampfe wieder geschlossen die Arbeit auf, ohne daß es ihnen gelungen ist, den Betrieb zu säubern und unsere Kollegen auf das Straßenpflaster zu drängen. Eine größere Blamage konnten sich diese Selben wohl nicht holen.

Wenn wir nun an diese Machinationen unsere Betrachtungen knüpfen, sei zunächst bemerkt, daß die Mitglieder der Gewervereine jede gerechte Forderung an die Unternehmer mit aller Energie verfolgen, ebenso jede Ausbeutung des Unternehmertums gegen die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen. Allerdings darf man den Gewervertretern nicht zumuten, daß sie unnütze Forderungen, denen sie selbst zum Opfer fallen sollen, unterstützen. Betrachten wir nochmals die Tatsache, daß 20 Stimmen für und 18 gegen eine Arbeitsüberlegung abgegeben wurden, dann kann man es auch wohl verstehen, wenn sich an dem in Frage kommenden Freitag Morgen bei Abgabe des Werkzeuges eine Entrüstung derer bemerkbar machte, die nicht für diese unnütze Sache gestimmt haben, aber von ihren eigenen Genossen vergewaltigt und aufs Straßenpflaster getrieben wurden, trotzdem die Wunden, die ihnen der 33wöchentliche Kampf im vorigen Jahre geschlagen, noch nicht verheilt sind. Ist es denn wirklich möglich, daß besonnene Arbeiter sich von diesen Kläffern, die in so frivoler Weise mit der Existenz ihrer Kollegen Schindluder treiben, gegen ihre Ueberzeugung einen Kampf aufzwingen lassen? Kann hier noch von einem Mitbestimmungsrecht der im Holzarbeiterverband organisierten Arbeiter die Rede sein? Wir sagen nein, und nochmals nein. Unverantwortliche Charaktere, welche sich als Wortführer aufspielen, machen ihren Einfluß geltend und die Genossen haben blindlings zu gehorchen, unbeschadet dessen, ob die Familie dabei hungert und darbt. Die Organisation verweigert bei Vertragsbruch die Unterstüßung, und da es dem Arbeiter in den meisten Fällen nicht möglich ist, von seinem Verdienst noch Ersparnisse zu machen, so ist er gezwungen, sich Entbehrungen aufzuerlegen. Bei richtig denkender Führung könnten solche Zustände nicht Platz greifen.

Unsere Kollegen im Lande mag dieser Sachverhalt zur Lehre dienen. Und wenn der Holzarbeiterverband noch so viel mit seiner Mitgliederzahl in der Öffentlichkeit prahlt, so sieht es im Innern wieder es uns auch ferner zur Aufgabe machen, weiter zu streben für den Gewerverein der Holzarbeiter, in welchem die Rechte und Interessen der Mitglieder nach allen Richtungen und in jeder Beziehung gewahrt werden.

■ Rundschau. ■

Die Stadt Schöneberg gegen die Agrarier.
Wie den Lesern der „Eiche“ bekannt ist, hat die Stadt Schöneberg die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System eingeführt. Gegen diese Versicherung setzte nun eine scharfe agrarische Partei ein, gegen welche sich das städtische Arbeitsamt in Schöneberg kräftig zur Wehr setzte. Die Abwehr erfolgte in so klarer Weise und unter besonderer Anerkennung der Vorteile des sogenannten Genter Systems, daß wir uns verpflichtet fühlen, die Grundgedanken dieser Abwehr gegen konservative und agrarische Heppostel unsern Lesern bekannt zu geben. „Die Versicherung nach Genter System“, so führt die Erklärung aus, „ist eine Anerkennung des Selbsthilfsgedankens, wie er in den Organisationen durch Zahlung von Beiträgen und Gewährung von Arbeitslosenunterstützung seinen Ausdruck findet. Diesen Gedanken allein, die Selbsthilfe, will das Genter System durch Gewährung von Zuschüssen fördern und stärken. Mit den anderen Zielen der Organisation hat das Genter System nichts zu tun. Mehr Arbeiter sich zu solchen Selbsthilfswegen zusammenschließen, um so besser wird es um die Wohlfahrt und wirtschaftliche Sicherheit der Allgemeinheit bestellt sein, um so wirksamer werden die arbeitenden Klassen gegen Not und Armut geschützt sein. Diese sehr wertvolle Frucht der Organisation, die Selbsthilfe, zu fördern und zu verbreiten, liegt im eignen Interesse der Gemeinden. Mehr und weiteres hat auch die Stadt Schöneberg mit ihrer Arbeitslosenversicherung nicht gewollt. Darüber waren sich die Schöneberger städtischen Kollegen schon bei Einführung der Versicherung klar, daß die Form des Genter Systems keine befriedigende Lösung des schwi. en Problems bildet, daß es keine Schattenseiten und unvollkommenheiten hat. Die Kollegen waren sich auch bewußt, daß die Versicherung für Schöneberg allein, das nur einen kleinen Komplex in dem großen Wirtschaftsbereich Groß-Berlin bildet, stets Stützpunkt sein müsse und nicht die umfassende Wirkung haben könne wie in einer abgeschlossenen Stadt. Aber sie haben es trotzdem

perjußt und Arbeit und Mittel nicht gescheut, praktisch bei der Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems mitzuhelfen, und einen wenn auch nur bescheidenen Beitrag zu dem Materiale hinzuzufügen, auf dem sich später einmal die gesetzliche Arbeitslosenversicherung aufbauen wird. Solches Vorgehen sollte Anerkennung und Nachahmung finden, nicht aber einseitige, herabsetzende Kritik.“

Die Streikversicherung der Unternehmer. Der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband in Dresden, eine Streikversicherung, die vom Verbande sächsischer Industrieller 1906 gegründet wurde, versendet, wie der „Korrespondenz“ zu berichten weiß, soeben ein Reklamézirkular, in dem er sich bemüht, die Konkurrenten: die Streikversicherung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und die Streikversicherung des Arbeitgeberverbandes Unterelbe, nach Kräften schlecht zu machen. Uns berührt dieser Konkurrenzkampf natürlich nicht weiter; man erfährt nur aus dem Zirkulare, wie es eigentlich mit der Streikversicherung der Unternehmer bestellt ist. Der Industrie- und Gewerbeverband erzählt in dem erwähnten Zirkulare: „Der Deutsche Industrie- und Gewerbeverband entschädigte die angemeldeten 393038 ausgefallenen Mann-tage mit 261312 M., demnach den durch Streik oder Ausperrung ausgefallenen Mann-tage mit durchschnittlich 66,5 Pf. Die Entschädigungsgesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände brachte für 1596924 entschädigungsberichtigte Mann-tage die Summe von 252879 M. zur Auszahlung, so daß auf den Mann-tage im Durchschnitt nur 15,8 Pf. Entschädigung entfielen. Die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe hatte für 311596 ausgefallenen Mann-tage eine Entschädigungssumme von 98390 M. zur Verfügung, konnte demnach den Mann-tage mit nur 23,3 Pf. durchschnittlich entschädigen.“ Die Streikversicherung der Unternehmer umfassen einen guten Teil der Industrie; dem sächsischen Vereine gehören 3360 Betriebe mit 266000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 260 Millionen Mark, der Unterstüßungskasse des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände 13 Gesellschaften mit 303000 Arbeitern und 370 Millionen Mark Jahreslohn an. Wenn die Streikversicherungen trotzdem nicht mehr als etwa eine halbe Million Mark Entschädigung zahlen konnten, dürften sie nicht allzu gefährlich werden.

Fabrikinspektor und Lohnfrage. Der Biegniger Gewerbeinspektor sah sich verpflichtet, einem Schokoladenfabrikanten nur unter der Bedingung die Erlaubnis zur Ueberarbeit seiner Arbeiterinnen zu geben, wenn er den Frauen und Mädchen einen Lohnzuschlag von 20 Prozent für die Ueberstunden gewähre. Dieferthalb beschwerte sich der Unternehmer bei der Handelskammer, die dem Gewerbeinspektor die Ueberarbeitung seiner Machbefugnisse klar machen sollte. Der Gewerbeinspektor aber, der die Bedingung offenbar nur gestellt hatte, um der Firma ein wenig mehr Regelmäßigkeit und bessere Einteilung ihrer Produktionsweise anzugewöhnen, blieb fest auf seiner Forderung bestehen. Nun wandte sich die Handelskammer an den zuständigen preussischen Minister und dieser wußte nichts Eiligeres zu tun, als den Unternehmer vor dem zweifellos berechtigten Verlangen des Gewerbeinspektors zu schützen; er gab dem Gewerbeinspektor zu verstehen, daß er seine Befugnisse überschritten habe.

Technisches.

Vom Beizen des Holzes.
Von Wilh. Zimmermann.
(Schluß.)

Dagegen spielt der verschiedene Gerbstoffgehalt beim Beizen des Holzes mit sauren Teerfarbstoffen gar keine Rolle. Auch die Grundfarbe des Holzes kann bei derselben Holzart oft sehr verschieden sein und bedingt, besonders bei hellen und zarten Farbentönen, eine sehr bedeutende Verschiebung des endgültig erzielten Farbentones. So bietet es fast gar keine Schwierigkeiten, sehr helle und zarte Farbentöne, wie z. B. Blaugrau oder Silbergrau auf Holzarten mit heller Naturfarbe, wie Ahornholz, Weidenholz herzustellen, wogegen es oft sehr schwierig, ja manchmal sogar unmöglich ist, die gleichen, zarten Beiztöne auf das von Natur aus bedeutend dunkler gefärbte Eichenholz, oder das im Grundton sehr gelbliche Karolinen-Pine herzustellen. Wegen dieses abweichenden Verhaltens, nicht nur der verschiedenen Holzarten, sondern sogar der Holzarten einer und derselben Holzart, ist es fast unmöglich, einen bestimmten Farbenton stets sofort mit Sicherheit genau zu treffen. Es ist vielmehr erforderlich, daß man durch Beizproben an kleinen Dreiecken desselben Holzes, welches für einen Gegenstand verarbeitet worden ist, erst genau feststellt, in welcher Stärke und Zusammenfügung man eine Beizlösung anwenden muß, um einen bestimmten, genau vorgeschriebenen Farbenton mit Sicherheit zu erzielen. Bedient man sich hierzu der fertigen Stammlösungen, so bietet das Erreichen eines bestimmten Farbentones keinerlei Schwierigkeiten und verursacht keinen großen Zeitaufwand. Der durch eine Beizung erzielte Farbenton kann in sehr vielen Fällen nicht gleich nach dem Ausfragen der Beizlösung beurteilt werden, besonders aber dann nicht, wenn man Beizen verwendet hat, welche sich durch Einwirkung der Luft erst allmählich entwickeln, oder durch welche der Farbstoff erst langsam in der Holzfasern erzeugt wird. In diesen Fällen kann die Wirkung einer Beizung erst nach 24 bis 48 Stunden beurteilt werden. Das gebeizte Holz muß auch stets erst 24 bis 48 Stunden bei gewöhnlicher Temperatur trocknen, bevor

man dasselbe mit einer Lack-, Politur- oder Wachsschicht überziehen darf. Enthält das Holz noch Feuchtigkeit, so würde diese auf die aufgetragene Lack- und Polituren einwirken. Dieselben würden bald matt werden und stellenweise weiche Flecke zeigen, die schwer wieder zu entfernen sind. Sind zur Erzielung einer Beizung zwei oder mehrere Beizlösungen nacheinander aufzutragen, so darf das Ausfragen der nachfolgenden Beizlösung erst dann geschehen, wenn die vorher aufgetragene Beizung trocken ist, wozu immerhin eine Ruhezeit von 6 bis 12 Stunden erforderlich ist. Nicht alle Farbstoffe, welche zum Holzbeizen anwendbar sind und dazu empfohlen werden, lassen sich gleichzeitig zusammen verwenden und vermischen. Dies ist bei der Verwendung von Teerfarbstoffen stets zu berücksichtigen.

Insbesondere dürfen Farbstoffe der basischen Gruppe mit solchen der sauren Gruppe niemals zusammen gemischt werden.

Die Farbstoffe dieser beiden großen Gruppen verhalten sich zueinander wie zwei feindliche Brüder.

Nicht man die Lösung eines sauren mit der Lösung eines basischen Farbstoffes, so fallen sich diese beiden Farbstoffe unter allen Umständen gegenseitig aus; die Lösung wird trüb, es entstehen feine Niederschläge, oft auch harzartige Ausscheidungen.

Eine solche Beizlösung ist vollkommen unbrauchbar. Sie ist nicht imstande, in das Holz einzudringen und würde eine unansehnliche, lichtunreine und meistens fleckige Beizung bedingen. Man achte daher bei der Herstellung von Beizlösungen streng darauf, ob dieselben dauernd klar bleiben. Sehr vorteilhaft ist es, vor dem Vermischen von Lösungen verschiedener Teerfarbstoffe, deren saurer oder basischer Charakter nicht genau bekannt ist, erst einen Vorversuch in einem Reischglas zu machen und nach kurzem Stehen die Lösung zu beobachten. Ist die ursprünglich klare Lösung trüb und undurchsichtig geworden, so ist dies ein Beweis, daß eine Ausscheidung von Farbstoff stattgefunden hat.

Ebenso wie ein Vermischen der Lösungen eines sauren und eines basischen Farbstoffes aus den angeführten Gründen unstatthaft ist, so ist es auch nicht zulässig, saure und basische Farbstoffe im trockenen Zustande (Pulverform) miteinander zu vermischen, da beim Auflösen einer solchen Mischung naturgemäß dieselbe gegenseitige Ausscheidung mit all ihren unliebsamen Folgen eintreten muß.

Viele Beizen besitzen die Eigenschaft, beim Trocknen der ge beizten Holzflächen einen Bronzeflimmer anzunehmen, d. h. sie zeigen einen gelblichen, grünlichen oder kupferigen, metallischen Schein.

Diese Erscheinung tritt besonders bei dunklen, satten, selten aber bei hellen und mittleren Beizungen auf.

Der Bronzeton verschwindet aber sofort, sobald man die gebeizte Fläche mit einer Politur-, Lack- oder Wachsschicht usw. überzieht. Für die annähernde Beurteilung des durch eine Beizung erzielten endgültigen Farbentones ist daher immer das Aussehen des noch nassen gebeizten Holzes maßgebend.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Nichtenberg, Scheffelsstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

Angemeldete Patente:

- Rl. 34g. 249915. Zerlegbarer Stuhl, Tisch oder dergleichen, bestehend aus mehreren selbständigen Möbelstücken gleicher Art. Rezsö Steiner, Budapest. Ang. 14. 1. 12.
 - Rl. 34i. 249737. Schreibmaschinen- oder Nähmaschinen-tisch. Otto Lorenz, Dresden. Ang. 18. 1. 12.
 - Rl. 34i. 249866. Zugleistenordnung für Ausziehtische. Herm. Zeitwig, Stuttgart. Ang. 2. 11. 11.
- Gebräuchlicher:**
- Rl. 34g. 514715. Polstermatratze mit auswechselbarer angeordneten Federn. Richard Ludwig, Stelzendorf bei Chemnitz. Ang. 20. 7. 11.
 - Rl. 34i. 514982. Kleiderschrank mit Wascheinrichtung. Ja. C. F. Gabriel, Leipzig. Ang. 7. 6. 12.
 - Rl. 38b. 515202. Sträng verstellbares Anschlaglineal für Abrißhobel, Bandsäge- und Kreislägemaschinen. Maschinenfabrik Universal, Leipzig-Anger. Ang. 18. 6. 12.

Aus den Ortsvereinen.

Bromberg. Am Sonnabend, den 13. d. M. hatten wir unsere Mitgliederversammlung, die immerhin hätte besser besucht sein können, da wir nach längerer Zeit wieder das Vergnügen hatten, unseren Hauptvorsitzenden, Kollegen Schumacher, in unserer Mitte zu begrüßen. Zuerst wurden innere Vereinsangelegenheiten geregelt, sodann sprach Koll. Schumacher über die Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung. Redner führte uns vor Augen, wie schwierig es sei, namentlich hier in Bromberg, einen Vertrag mit den Arbeitgebern abzuschließen. Die Arbeitgeberverbände schlichen sich immer fester zusammen, damit sie einmal zum gewaltigen Schläge ausziehen können; und da mühte es im Interesse eines jeden Kollegen liegen, sich zu organisieren. Daß der Gewerkeverein die beste Organisation ist, und in welcher Weise er sich von den andern Organisationen unterscheidet, das hat uns der Redner mit Klarheit auseinandergesetzt. Während auf der einen Seite sich Reichtum durch die einseitige Verteilung des Gewinnes aus der Produktion ansammelt, wird unsere Lage eher schlechter, denn unsere Löhne halten nicht mit den immer größeren Ausgaben für die Lebensunterhaltung gleichen Stand. Nach der Stellung unserer Arbeitgeber haben wir im nächsten Jahre auf einen Kampf zu rechnen, und deshalb mühte Mann für Mann zur Versammlung

erscheinen, um in derselben unsere Lage zu besprechen. Die Kollegen sollen in den Versammlungen in vertraulichem Beisammensein jeder seiner Meinung Ausdruck geben; nicht aberanken und streiten, dann würden wir gewiß bessere Fortschritte machen als es jetzt der Fall ist, denn für Bromberg ist dies wirklich notwendig. Erst die eigenen Fehler verbessern, dann kann man mit Rat und Tadel zu verbessern suchen. Helfen Sie mir diese Gedanken zu fördern, dann wird unsere gute Sache doch siegen. Wenn wir alle so denken und handeln werden, können wir auch den nächsten Bewegungen ruhig entgegensehen. Eine längere Diskussion fand nicht statt, da die Versammlung den Ausführungen des Redners vollkommen Beifall zollte. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Mühe und wünschte, daß die Kollegen bald wieder solche Aufmunterung erfahren müßten, damit doch endlich mal wieder Strömung in unseren Ortsverein kommt. Eine Reihe Anfragen wurden vom Kollegen Schumacher zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Zum Schluß kamen noch besondere Bromberger Verhältnisse zur Sprache, und hoffentlich arbeiten die Kollegen in dem Sinne, wie es der Hauptvorsitzende uns empfohlen hat.

H. Kempinski.

Siegen. Die Kollegen der anderen Ortsvereine werden seit langem vergeblich nach einem Bericht von uns gesucht haben. Doch was so lange versäumt wurde, wollen wir jetzt nachholen zu unserem eigenen Nutzen, aber auch um die anderen Ortsvereine anzuspornen, ein gleiches zu tun, denn auch diese lassen sich in der „Eiche“ fast gar nicht hören, was sicher nicht von großem Eifer für unsere Sache Zeugnis ablegt. Die geistige Verbindung zwischen den einzelnen Ortsvereinen ist für eine Organisation eine Lebensnotwendigkeit. Diese Verbindung herzustellen ist nur möglich, wenn jeder Ortsverein regelmäßig kurze interessante Notizen über Vorkommnisse an seinem Ort in unserem Organ der „Eiche“ veröffentlicht. Wir haben schon Eingang gesagt, daß auch bei uns eine Zeilung nicht jener Zeit vorhanden war, der notwendig ist, um unser Ortsvereinschiff vorwärts zu drängen. Doch jetzt herrscht wieder ein frischer Zug unter den Gewerkschaftskollegen. Unser Bezirksleiter Dann war ebenfalls hier und hat eine Werkstattversammlung abgehalten mit dem Erfolg einiger Neuaufnahmen. Auch sonst geht es wieder vorwärts, ist doch die Verwaltung aus Kollegen zusammengesetzt, die in der Gewerkschaftsbewegung Bescheid wissen und nun alles aufwenden, um den Ortsverein auf die Höhe zu bringen, die er in den Jahren 1908 und 1909 aufzuweisen hatte. Wie sehr auch in der Organisation die Personenfrage eine Rolle spielt, haben wir hier nur zu deutlich beobachten können. Als unsere früheren führenden Kollegen selbstständig wurden und unserer Sache nicht mehr so dienen konnten, die geeigneten Ersatzkräfte jedoch fehlten, ging der Ortsverein ständig aber sicher zurück. Darin ist nun glücklicherweise ein Wandel eingetreten und es geht vorwärts zu unserer aller Freude. Die Kollegen wollen mit ihren Vorstandsmitgliedern Hand in Hand arbeiten, unbesümmert um die Nörgeleien, der anderen hier am Ort bestehenden Berufsvereine (Deutscher und christlicher Holzarbeiterverband). Wir Gewerkschaftler sind stolz auf unser Programm und versuchen es in allen seinen Teilen zu verwirklichen. Vor allen Dingen müssen wir unser Augenmerk lebhaft auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hier wenden. Darum alles auf die Schanzen, gilt es doch unsere eigenen Interessen zu wahren. Die Versammlungen finden alle 14 Tage im Lokale von G. Dilger, Hagener Straße statt und zwar die nächste Versammlung am 2. August. Gleichzeitig machen wir auf einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Ferndorf aufmerksam. Alles Nähere in der Versammlung. L.

Wismar. In der Einigkeit liegt die Stärke und in der gemeinsamen, sich ergänzenden Arbeit der Erfolg. Als ich diese Worte in Nummer 8 unseres Organs „Die Eiche“ schrieb, waren sie hauptsächlich an unsere Kollegen vom Ortsverein Wismar gerichtet. Es war damals notwendig, weil ich merkte, daß unsere „roten“ Brüder darauf ausgingen, in unseren Reihen „Uneinigkeit“ zwischen Vorstand und Mitglieder zu säen. Doch gar zu bald wurde das „verläumderische“ Treiben der

„Genossen“ von unseren Kollegen gemerkt und mit Recht kann man hier die Worte in Anwendung bringen, wer das „Böse“ will, nur das „Gute“ schafft. Unsere Kollegen stehen heute einmütiger zusammen wie vorher. Mit nachstehendem möchte ich heute nun obenstehende Worte besonders an die „unorganisierten“ Kollegen richten und ihnen ans Herz legen, die „Gleichgültigkeit“ abzulegen und sich einer Organisation anzuschließen. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung lehrt uns doch, daß es heute ohne Organisation überhaupt nicht mehr geht. Dies sollten auch die unorganisierten Kollegen einmal beherzigen. Haben doch fast alle Tageszeitungen und auch gewerkschaftliche Zeitungen in der letzten Zeit berichtet, daß sich eine ganze Anzahl Arbeitgeberverbände zu einem „Reichsbund hausgewerblicher Arbeitgeberverbände“ zusammen geschlossen haben. Der Zweck des Reichsbundes ist, die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen. Wir sehen also Kollegen, die Arbeitgeber haben es verstanden, obenstehende Worte wahr zu machen. Sie schafften sich durch die „Einigkeit“ eine „Stärke“ und ziehen dann gemeinsam gegen uns Arbeiter zu Felde. Trotzdem gibt es immer noch Arbeitsbrüder genug, die der ganzen Arbeiterbewegung teilnahmslos gegenüberstehen. Die wohl alle das Gute, was die Organisation für die Arbeiterschaft herausklopft, in Empfang nehmen, aber selbst keinen Pfennig für die Organisation opfern wollen. Bei jeder Bewegung hat man mit keinem größerem Uebel zu rechnen, als mit dem „Individualismus.“ Die letzte Bewegung, die wir hier am Orte zu verzeichnen gehabt haben, hat uns dieses wieder deutlich gezeigt. Viele von den unorganisierten Kollegen haben auch innerhalb der Bewegung angelobt, sich nach der Bewegung einer Organisation anzuschließen. Aber jetzt, wo das Gewitter vorüber ist, wo unsere Forderungen so gut wie bewilligt sind, wird der Eintritt in die Organisation wieder auf die lange Bank geschoben. Eilichen von denen, die wohl Lust haben sich zu organisieren, wird es vielleicht schwer fallen, sich zu entscheiden, welcher Organisation sie sich anschließen sollen. Für aufgeweckte Arbeiter kann dieses allerdings nicht schwer sein. Hat doch die letzte Bewegung uns deutlich gezeigt, in welcher Organisation die Interessen der Arbeiter am besten vertreten werden. Mit großem Redeschwall und noch obendrein mit ganz verkehrten Ansichten, wie sie von seiten der freien Gewerkschaften zu Tage gefördert wurden, ist den Arbeitern wahrlich nicht geholfen. Das ganze läßt aber darauf schließen, daß die Hauptaufgabe der freien Gewerkschaften war, ihre Mitgliederzahl zu vergrößern. Sonst hätten sie nicht innerhalb der Bewegung versucht, uns Mitglieder abzutreiben. Allerdings haben sich die „Genossen“ hierbei mächtig blamiert. Aber auch sonst noch hat uns die Bewegung ein Bild gezeigt, was für die „freien“ gerade nicht schmeichelhaft ist. Stellte doch in einer Versammlung ein Diskussionsredner das Ansehen an die Arbeiter, aus den „militärischen“ Vereinen auszutreten. Weil einer von ihren Genossen, der Anhänger sozialdemokratischer Ideen war, aus dem Ratineverein hinausgeworfen worden sei. O, diese armen Kloten. Wir vom Gewerkschaftsbund schwärmen gewiß nicht für die „militärischen“ Vereine, weil sie oftmals über ihren Wirkungsbereich hinausgehen. Unsere Mitglieder haben aber auf Grund unseres Programms das Recht und den freien Willen, sich irgend einen solchen Verein anzuschließen. Anders ist es aber mit den Mitgliedern der freien Gewerkschaften. Schon aus Prinzip dürfen ihre Mitglieder einem solchen Verein nicht angehören. Auch wird von genannten Vereinen bei Aufnahme neuer Mitglieder stets darauf hingewiesen, daß einer, der dem sozialdemokratischen Verein oder einer der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaft angehört, nicht Mitglied werden kann. Aber trotz allen Schwärzungen befindet sich eine ganze Anzahl „Genossen“ in diesen Vereinen. Folgedessen muß man zu der Auffassung kommen, daß die meisten Menschen „freiwillig“ keine Sozialdemokraten sind, sondern nur aus Zwang dieser Partei und Gewerkschaften angehören. Hieraus ergibt sich nun schon ganz von selbst, daß die „Einigkeit“ der Arbeiter nicht möglich ist auf dem Boden der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es wird auch nicht möglich sein, die Arbeiter auf dem Boden der „christlichen“ Gewerkschaften zu einigen. Die Zu muß

das heißt die „Einigkeit“ der Arbeiterbewegung ist nur möglich, wenn sich alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses zusammenschließen in einer „neutralen“ Berufsorganisation, wie es die deutschen Gewerkschaften sind. Haben wir hierfür nicht bereits ein lehrreiches Beispiel in dem Zusammenstehen der Unternehmer? Gibt es irgend eine Unternehmerorganisation, die einen einseitigen partei- oder kirchenpolitischen Charakter trägt? Da steht der fromme Zentrumsmann mit dem Arbeiter, dem Juden und evangelischen Christen in Eintracht zusammen. Und selbst der sozialdemokratische Unternehmer steht nicht im Bunde, wenn es sich um wirtschaftliche Unternehmerinteressen handelt. Wo es sich um diese Dinge handelt, gibt es trotz aller sonstigen Verschiedenheit nur „Einigkeit.“ So müßte auch die Arbeiterschaft in einer einheitlichen Arbeitnehmerorganisation organisiert sein. Die Arbeiterbewegung würde sich im Sinne der Gewerkschaften auch viel rascher und erfolgreicher entwickeln können, wenn nicht die Hoffnung auf einen sozialistischen Idealstaat die Massen davon abhielt, ihre Kräfte zu verwenden für die praktische Arbeit im „Organisationsstaat“ und erst diesen einer möglichst hohen Vollendung entgegenzuführen. Die deutschen Arbeiter tun ihrer Klasse wirklich Unrecht, wenn sie haben der schwarzen und drüben der roten Flagge folgen. Das Banner der Gewerkschaften ist weißer Farbe. Es ist das Zeichen des friedlichen Willens. Wo aber bei gerechten Forderungen die Friedenshand abgewiesen wird, da haben die Gewerkschaften verstanden zu kämpfen und werden auch in Zukunft den Kampf nicht scheuen. Die rechtsstehende Richtung der Arbeiterbewegung mit ihrer schwarzen Flagge (christliche) wird sich nach links hin zu den Gewerkschaften entwickeln müssen und die linksstehende mit ihrer roten Fahne (sozialdemokratische) nach rechts hin zu demselben Ziele. Dann wird Schwarzweiß-rot das Banner werden, das in Verwirklichung der Gewerkschaftsgrundsätze der deutschen Arbeiterbewegung zum gleichen Ruhme gereicht, wie jetzt die Flagge Schwarzweiß-rot der Stolz des deutschen Vaterlandes ist.

L. Feldt.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Görlitz (Waggonfabrik), Stolp (Firma Bloch) für Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

An die Ortsvereinskassierer.

Der vorigen Nummer der „Eiche“ lagen die Karten für das Kaiserl. Statistische Amt bei. Wir eruchen um sofortige Ausfüllung und Einsendung. Das Bureau.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 3. August 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Bahlabend. Bezirk Nord und Bau-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattauß, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung. Vortrag des Kollegen Schumacher: „Der bevorstehende Tarifablauf.“ Bezirk Charlotten-burg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marschall, Goethestr. 59, Bezirks-versammlung.

Sonnabend, den 10. August 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Köpenicker Str. 65, Bezirks-versammlung. Bezirk Noabitt. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bielenhölzchen, Schloßstr. 66, Bahlabend.

Sonntag, den 11. August 1912, vorm. 10 Uhr, im Verbandsbause, Greifswalder Straße 222: Allgemeine Bau-tischlerversammlung. Tagesordnung: „Die Aufgaben der Bau-tischler vor dem Vertragsablauf.“ Referent Kollege Volkmann. Vollzähliges Erscheinen bringen notwendig. — Einseher. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurze Str. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung.

Mittwoch, den 14. August: Bezirk Ost- und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr: Vertrauensmänner-Versammlung b. Reich, Petersburger Straße 55. Vortrag des Koll. Volkmann. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet.

Die Verwaltung.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszahl ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Anzeigen.

Für den Interessenten ist die Abhaltung des Betrau-ges gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 3. August 1912, 8. Zimmer, Hermannstr. 159.
Versammlung.
Erläuterung des Entwurfs eines neuen Entwurfs.
Der Aufsicht.
Eisenach (Ortsverband). Ratten E. Köhler, Vorstand Hartmann, Str. 10.

Lebensstellung für Tischler oder Maschinenarbeiter.

Wegen Todesfall ist ein Anteil einer höchsten Genossenschaftswirtschaft zu verkaufen. Erforderlich 1000 Mark. Jährlicher Verdienst 1750—1800 Mark.
Offerten an: A. S. 38, Breslau, Postamt 13.

2 Maschinenschlichter bzw. Maschinenarbeiter.

mit jämlichen Holzbearbeitungs-maschinen vertraut, und
2—3 Möbeltischler
für sofort gesucht.
Möbelfabrik Heinrich Kändler, Kummelsburg in Pommern.

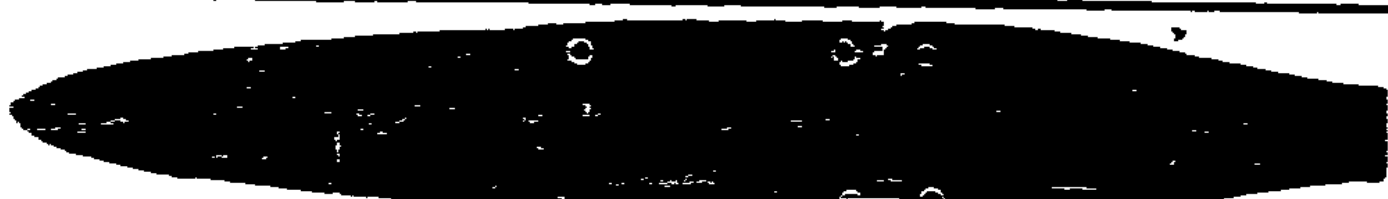
„Die Eiche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jahrgang 1911

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,50 einschl. Porto zu beziehen durch die Expedition Berlin NO, Greifswalder Straße 221/23

Frühere Jahrgänge werden zu dem ermäßigten Preise von Mk. 2,50 pro Exemplar abgegeben



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-
100 Stück gute 7 Pfg.-Zigarren für 3,50,-
100 Stück gute 8 Pfg.-Zigarren für 4,-
100 Stück gute 9 Pfg.-Zigarren für 4,50,-
100 Stück gute 10 Pfg.-Zigarren für 5,-
100 Stück gute 11 Pfg.-Zigarren für 5,50,-
100 Stück gute 12 Pfg.-Zigarren für 6,-
100 Stück gute 13 Pfg.-Zigarren für 6,50,-
100 Stück gute 14 Pfg.-Zigarren für 7,-
100 Stück gute 15 Pfg.-Zigarren für 7,50,-
100 Stück gute 16 Pfg.-Zigarren für 8,-
100 Stück gute 17 Pfg.-Zigarren für 8,50,-
100 Stück gute 18 Pfg.-Zigarren für 9,-
100 Stück gute 19 Pfg.-Zigarren für 9,50,-
100 Stück gute 20 Pfg.-Zigarren für 10,-